

Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestelgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen-Aufnahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 127

Freitag, den 1. Juni 1928

35. Jahrgang

Chronik des Tages.

- Reichspräsident v. Hindenburg empfing den Reichspräsidenten Abbe zu einer Besprechung über die durch den Wahlausfall geschaffene politische Lage.
- Am heutigen Freitag soll der italienisch-türkische Neutralitätsvertrag im Wortlaut veröffentlicht werden.
- Die französische Kammer trat am Freitag zu ihrer ersten Sitzung nach den Wahlen zusammen.
- Der mexikanische Generalkonsul, General Alvarez, ist verhaftet und in das Polizeigefängnis übergeführt worden.
- Anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Telefunken-Gesellschaft fand im ehemaligen Herrenhause in Berlin ein Festakt statt.
- In einer Dampfboilerfabrik in Budapest ist ein Benzinfass infolge unvorsichtiger Handhabung explodiert. Dabei wurden 18 Arbeiter lebensgefährlich verletzt.
- Bei einem Wettfliegen wurden nahe Pittsburg (Amerika) drei Freiballons vom Blis getroffen.

Löbe bei Hindenburg.

Die offiziellen Verhandlungen über die Neubildung der Reichsregierung kommen langsam in Fluß. Am Donnerstag empfing Reichspräsident von Hindenburg den bisherigen Präsidenten des Reichstags Löbe und hatte mit ihm eine längere Unterredung. Der Empfang des Reichstagspräsidenten durch den Reichspräsidenten entspricht den parlamentarischen Gewohnheiten und galt in erster Linie der Frage, zu welchem Zeitpunkt der neugewählte Reichstag einzuberufen ist. Neben diesen mehr technischen Dingen wurde natürlich auch die durch den Wahlausfall geschaffene politische Lage erörtert.

Hinsichtlich der Neubildung der Reichsregierung bedeutet der Empfang Löbes durch Hindenburg eine erste Fühlungnahme. Weitere offizielle Schritte sind zunächst nicht zu erwarten. Ein Empfang der Fraktionsführer durch den Reichspräsidenten ist erst im Anschluß an den Rücktritt der Regierung in Aussicht genommen, ebenso die Beauftragung eines Politikers mit der Bildung eines neuen Reichskabinetts. In parlamentarischen Kreisen hofft man, daß bis zum Zusammentritt des Reichstags eine grundsätzliche Klärung eingetreten ist, so daß dann die Regierungsbildung rasch vor sich gehen kann.

Zunächst haben die Fraktionen das Wort. Als erste Partei debattierte das Zentrum über den Wahlausfall und die daraus zu ziehenden Folgerungen. Der Reichsparteivorstand des Zentrums hielt am Donnerstag in Berlin eine vertrauliche Sitzung ab, der am Freitag gemeinsame Besprechungen des Reichsparteivorstandes, der Vorstände der bisherigen Fraktionen im Reichstag und im Preussischen Landtag sowie der Vorsitzenden der Landeswahlverbände und der Generalsekretäre folgten. Ueber das Ergebnis der Zentrumsberatungen in Berlin liegen noch keine Mitteilungen vor, doch ist anzunehmen, daß die Parteinstanzen sich nicht nur mit der noch unklaren politischen Lage beschäftigten, sondern auch organisatorische Angelegenheiten behandelten.

Wenigstens dürften sich die bevorstehenden Tagungen der Parteivorstände der Demokraten und der Deutschen Volkspartei gestalten. In politischen Kreisen sieht man diesen Besprechungen auch noch insoweit mit Interesse entgegen, als in den letzten Tagen in der Presse vielfach von Besprechungen auf eine engere Fühlungnahme zwischen beiden Fraktionen die Rede gewesen ist. So setzte sich z. B. die der Volkspartei nahestehende „Kölnische Zeitung“ dafür ein, einen Parteitag des „Gesamtliberalismus“ einzuberufen, der über die Einigung und die Zukunftsaufgaben des Liberalismus in der deutschen Republik beraten soll. Vorerst handelt es sich bei allen diesen Erörterungen jedoch durchweg um Kombinationen, über deren Ausichten vor dem Zusammentritt der Fraktionen nichts gesagt werden kann.

Die stärkste Partei des Reichstags, die Sozialdemokratie, hat ihren Parteiausschuß für den 6. Juni nach Köln einberufen. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme eines Referats des Fraktionsvorsitzenden Hermann Müller über die politische Lage. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es im sozialdemokratischen Parteiausschuß ein heißes Ringen für und wider den Eintritt in eine Koalitionsregierung geben. Die führenden Köpfe der Sozialdemokratie sind der Meinung, das Vertrauen der neun Millionen sozialdemokratischer Wähler bedeute einen direkten Auftrag, etwas zu tun, und müsse deshalb durch praktische Arbeit, d. h. durch den Eintritt in die Regierung gerechtfertigt und nachgehalten werden. Die Führer des radikalen Flügels geben dagegen dem Wahlausfall eine direkt entgegengesetzte

Auslegung. Sie verweisen darauf, daß die neuen Wähler in der Opposition gewonnen sind, ihr Wille könne also nur dahin gehen, daß die Sozialdemokratie den Kampf gegen die rechts von ihr stehenden Parteien fortsetzen soll.

Ueber die Persönlichkeit des neuen Reichskanzlers ist nach wie vor ein Rätselraten im Gange. Die Kandidatur des preussischen Ministerpräsidenten Braun ist in den Hintergrund getreten, statt dessen nennt man jetzt die Namen Hermann Müller und Severing. Außerdem wird auch die Frage aufgeworfen, ob es angängig sei, den neuen Reichskanzler der Sozialdemokratie zu entnehmen, weil dann das Amt des Reichskanzlers, des preussischen Ministerpräsidenten und das Präsidium des Reichstags und des Preussischen Landtags in sozialdemokratischen Händen liege. Als Ausweg wird ein Zentrumskanzler empfohlen, wobei die Kreise, die diese Gedankengänge vertreten, an die Ernennung Dr. Wirths zum Reichskanzler denken. Ein näheres Eingehen auf diese Mutmaßungen — denn darum handelt es sich — erübrigt sich heute.

Wie verlautet, soll der Preussische Landtag noch vor dem Reichstag zusammentreten, nämlich am 8. Juni. Ob das möglich sein wird, hängt davon ab, ob die amtlichen Feststellungen über das Wahlergebnis bis dahin abgeschlossen sind. Im allgemeinen herrscht die Meinung vor, daß die jetzige, von Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum gebildete preussische Regierung unverändert im Amte bleibt. Die Weimarer Koalition, der bisher einige Stimmen zur Mehrheit fehlte, hat bei den Wahlen beinahe alle Mandate gewonnen und damit die Mehrheit erlangt. Ministerpräsident Braun sieht darin eine Vertrauenskundgebung für seine bisherige Politik und eine Aufforderung, die Weimarer Koalition in Preußen fortzusetzen. Möglich, daß im Zusammenhang mit der Regierungsbildung im Reich auch in Preußen eine Erweiterung der Regierung durch Aufnahme der Deutschen Volkspartei erfolgt, doch kann Sicheres über diese Entwicklung gegenwärtig noch nicht gesagt werden.

Südslawien in Gärung.

Straßenkämpfe in Belgrad. — Demonstranten errichten Barrikaden! — Kundgebungen gegen Italien und die Nettuno-Verträge.

Aus Südslawien werden immer neue Kundgebungen gegen die Bestätigung der italienisch-südslawischen Nettuno-Verträge berichtet. Die Bewegung erstreckt sich auf das ganze Land und erzeugte in der Hauptstadt Belgrad eine derartige Siedehitze, daß es zu Barrikadenkämpfen kam. Ueber den Verlauf der Kundgebung in Belgrad werden folgende Einzelheiten berichtet:

Auf der Hauptstraße in Belgrad sammelte sich in den Abendstunden eine größere Volksmenge, die gegen die Nettuno-Verträge demonstrierte. Da Zwischenfälle drohten, wurden Gendarmereiateilungen kommandiert, die die Menge in das Café „Russischer Jar“ drängte. Die Demonstranten richteten darauf das Lokal zur Verteidigung ein und eröffneten mit dem Mobilartillerie Bombardement auf die Polizei. In wenigen Minuten waren Fensterscheiben zertrümmert und das Lokal völlig zerstört. Die Gendarmerei wies vor der Wut der Volksmenge zurück und hatte Verstärkungen herbei. Die Demonstranten benutzten die Atempause, um auf der Hauptstraße Barrikaden zu errichten. Korrespondenzmeldungen zufolge, eröffnete nun die Gendarmerei einen

regelmäßigen Sturm mit Gewehrfeuer, der von berittenen Polizeiabteilungen und durch die Einsetzung der Feuerwehr unterstützt wurde. Nach harten Anstrengungen wurde die Menge in die Flucht geschlagen. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist noch nicht bekannt. Die Verletzten eilten schleunigst nach Hause und ließen sich dort die Wunden verbinden, um nicht ein Krankenhaus aufsuchen zu müssen. 60 Personen sind verhaftet worden; 12 davon waren Studenten. Nach einer Mitteilung der Belgrader Polizeipräsidentur sollen sich unter den Demonstranten auch zahlreiche Kommunisten befunden haben, ferner unverantwortliche Elemente, denen es gar nicht um eine Kundgebung gegen Italien zu tun war. Der in dem Lokal „Russischer Jar“ angerichtete Schaden wird auf 200 000 Dinar geschätzt.

Wie noch ergänzend berichtet wird, hatte die Gendarmerei strenge Weisung, von der Schußwaffe keinen Gebrauch zu machen. Nach einer von dem Belgrader Polizeipräsidenten veröffentlichten Darstellung soll die Volksmenge das Feuer eröffnet haben. Teilnehmer

der Demonstration bestreiten jedoch, daß die Bevölkerung Waffen geführt hat; sie erklären, wenn von Demonstranten gefeuert worden sei, könne es sich nur um vereinzelte Fälle handeln.

Die Ursachen der Spannung.

England die treibende Kraft für die Ratifizierung der Nettuno-Verträge? — Rückwirkungen der Balkanpolitik Mussolinis.

Das bedrohliche Aufblähen der Volksempfindung gegen Italien hat seinen äußeren Grund in der Neueroffnung des Kampfes um die Bestätigung der Nettuno-Verträge, seinen inneren in der Balkanpolitik Mussolinis. Die Nettuno-Verträge setzen sich in der Hauptsache aus einem Handels- und Schiffsverkehrsvertrag, sowie aus einem Konsular-Abkommen zusammen. Für Italien enthalten die Verträge manche Vergünstigungen, die an sich zwar gegenseitig sind, nach Lage der Dinge aber nur Italien zugute kommen. Dagegen lehnt sich das südslawische Volk auf, und so hat es denn schon einmal, im Juli 1925 die Bestätigung der Verträge durch Demonstrationenkundgebungen verhindert.

Wenn Marinkowitsch die Verträge trotzdem noch einmal im Parlament eingebracht hat, so liegt das daran, daß die englische Finanz, die Bewilligung der von Südslawien nachgeforderten Anleihe von einer Besserung der Beziehungen Südslawiens zu Italien abhängig gemacht hat. Heute kann diese Aktion als gescheitert gelten. Zu erwarten war dieser Ausgang bereits als Mussolini den italienisch-türkischen Neutralitätsvertrag unter Dach und Fach brachte und neue Anstrengungen unternahm, um Griechenland für Italien zu gewinnen. In Südslawien sah man darin neue Schritte zur Einkreisung Belgrads.

Die weitere Entwicklung der Dinge hängt von den Protestnoten ab, die Rom in Belgrad überreichen ließ. Wenn es zutrifft, daß Italien „materielle und moralische Reparationen“ fordert, steht die Angelegenheit nicht am besten! Was versteht man in Rom unter „moralischen Reparationen“? Etwas Genugtuungen, die in Südslawien eine neue Volksbewegung auslösen müssen? Zusammenfassend ergibt sich, daß der Balkan heute wie vor dem Kriege voller Gefahren für den europäischen Frieden ist. Im Hintergrund des italienisch-südslawischen Konflikts steht natürlich der französisch-italienische Gegensatz, der dem Konflikt erst seine Schärfe gibt.

Coolidge über Krieg und Frieden.

Ein Appell, die Welt unter die Herrschaft des Rechts zu bringen. — Gedächtnisrede für die Gefallenen.

Anlässlich des amerikanischen Memorial Day, der dem Andenken der Gefallenen gewidmet ist, hielt Präsident Coolidge auf dem Schlachtfelde von Gettysburg, auf dem im Juli 1863 eine der schwersten Schlachten des nordamerikanischen Bürgerkriegs stattgefunden hat, eine Rede, in der er nach einem Hinweis auf das amerikanische Heer ausführte:

Nach unserer Theorie sind Arme und Flotte zwar ein wichtiger und notwendiger Teil der nationalen Sicherheit, aber in keiner Weise die einzigen Mittel für die Sicherheit. Die Welt ist soweit fortgeschritten in ihrer Zivilisation und in ihrer Erfahrung, daß es nicht wahrscheinlich ist, daß ein großer Konflikt, sei es planmäßig, sei es zufällig, entsteht.

Es hat sich herausgestellt, daß der Krieg nicht gewinnbringend sein kann.

Der Zug der Zivilisation geht unzweifelhaft in der Richtung nach dem Frieden. Krieg ist die Anwendung von Gewalt. Krieg ist vollständige Gesetzlosigkeit, Frieden die Herrschaft des Gesetzes. Die Hauptaufgabe der Zivilisation soll darin bestehen, die Welt unter die Herrschaft des Rechts zu bringen.

Zum Schluß gab Coolidge der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen über eine Beilegung des Krieges von Erfolg gekrönt sein werden.

Politische Rundschau.

— Mehrere deutsche Parlamentarierinnen haben Lady Astor und die weiblichen Mitglieder des englischen Unterhauses zu einem Besuch Deutschlands eingeladen.

— Regierungshilfe für Schlesien gefordert. Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Graf Westarp, hat an den Reichsfinanzminister ein Schreiben gerichtet, in dem auf die außerordentlich schweren Unwetter Schäden in Schlesien hingewiesen und sofortige und weitgehende Hilfsmaßnahmen des Reiches und Preußens für die betroffenen Gebiete gefordert werden.